A12 Wir eröffnen Chancen und sichern den Zusammenhalt (Gute Bildung, gute Chancen, ein Leben lang: Kindergärten, Schulen und Ausbildung)

Antragsteller*in: LaVo

Antragstext

Bildung ist das Tor zur Welt. Mit ihr errichten wir das Fundament für ein erfülltes Leben, entfalten unsere Talente, verwirklichen unsere Wünsche und Träume. Wir müssen dieses Tor nur weit aufstoßen. Dann werden Kinder zu humanistisch gebildeten Weltbürger*innen und lernen heute die Grundlagen für die Berufe von morgen. Der Thüringer Bildungsplan gibt für alle Altersgruppen einen sehr guten Qualitätsrahmen vor. Das Mädchen aus der kleinen Stadt im Eichsfeld, das wegen einer Krankheit auf den Rollstuhl angewiesen ist, lernt selbstverständlich mit seinen Freunden, die vielleicht aus Kamenica oder Al-Hasaka zu uns gekommen sind, wird möglicherweise sogar einmal mit ihnen zusammen ein erfolgreiches Unternehmen gründen. Der Junge mit der Leseschwäche bleibt nicht mehr sitzen, sondern wird durch individuelle Förderung zu einem bekannten Dramaturgen. Die Kassiererin im Supermarkt nutzt die Möglichkeiten von Bildungsfreistellung und berufsbegleitendem Studium und wird Einkaufsleiterin. So sieht wirkliche Chancengerechtigkeit aus: Es zählt nicht, wo man herkommt oder mit welchem Namen, mit welchem Geschlecht man geboren wurde. Es zählt einfach nur, was man kann und wo man hin will.

Thüringen verfügt über ein leistungsfähiges und starkes Bildungssystem. Für Kinder im Kita- und Grundschulalter steht ein breites Ganztagsangebot bereit. Durch gute Betreuungsbedingungen erhalten sie frühzeitig individuelle Förderung. Fast alle Jugendlichen finden in Thüringen einen Ausbildungsplatz. Dafür haben wir BÜNDNISGRÜNE in der Landesregierung in den letzten Jahren einiges auf den Weg gebracht: mehr Personal in den Kitas für die Kleinsten und den Einstieg in die Beitragsfreiheit für die finanzielle Entlastung der Eltern. Wir haben in den vergangenen fünf Jahren so viele Lehrer*innen eingestellt, wie das in keiner Legislaturperiode zuvor der Fall war. Und wir haben die Bezahlung der Lehrer*innen in den staatlichen Schulen insgesamt verbessert. Mit einer verbesserten Finanzierung freier Schulen bleibt die vielfältige Bildungslandschaft in Thüringen langfristig erhalten. Alle Arbeitnehmer*innen erhalten durch Bildungsfreistellung einen besseren Zugang zu Weiterbildungsangeboten. Diese wollen wir besser bekannt machen. Die Förderung der Erwachsenenbildung konnten wir in den letzten Jahren um mehr als 30 Prozent steigern.

Auch wenn wir in der Regierungsverantwortung viel erreichen konnten, stehen große bildungspolitische Herausforderungen vor uns. Es kommt auf uns an, die Qualität der Bildungsarbeit in den Schulen zu verbessern. Es kommt auf uns an, die schulische Selbständigkeit voranzubringen und Schulen gemeinsam mit den Kommunen zukunftsfähig aufzustellen. Es kommt auf uns an, Thüringen attraktiv für Lehrer*innen zu machen. Es kommt auf uns an, die digitale Schule Wirklichkeit werden zu lassen. Eine Schule von gestern kann nicht auf die Herausforderungen von morgen vorbereiten. Schule ist für uns ein Ort, in dem Demokratie Tag für Tag gelernt und gelebt wird. Angesichts der gesellschaftlichen Spaltung in unserem Land wollen wir die friedliche und demokratische Auseinandersetzung mit politischen Themen fördern und menschenrechtsorientierte historisch-politische Bildung deutlich stärken.

Schulen sollen kindgerecht und inklusiv sein. Schulen in freier Trägerschaft brauchen auch zukünftig unsere Unterstützung, damit sie dauerhaft gute Rahmenbedingungen für ihre Entwicklung haben. Wir BÜNDNISGRÜNE stehen für eine emanzipatorische und chancengerechte Bildungspolitik, in der längeres gemeinsames Lernen, Ganztagsschulen und Bildung für nachhaltige Entwicklung ihren festen Platz haben. Längeres gemeinsames Lernen nützt allen Heranwachsenden und begünstigt ein wohnortnahes Schulangebot besonders in strukturschwachen ländlichen Gegenden.

Vorfahrt für Qualität: Kita und frühkindliche Bildung

Frühe Förderung ist besonders wirksam. Damit jedes Kind ohne lange Wartezeit eine Kita besuchen kann, wird der Kita-Ausbau zusammen mit dem Bund, den Kommunen und den freien Trägern weiter vorangetrieben und die Qualität weiter verbessert. Für uns haben die Qualität und die Schaffung zusätzlicher Kita-Plätze Vorrang. Um jedes Kind individuell nach seinem Bedarf fördern zu können, brauchen Erzieher*innen Zeit. Wir wollen deshalb die Mindeststandards weiter verbessern. Wir streiten dafür, dass maximal vier Kinder unter drei Jahren und maximal zehn Kinder über drei Jahren von einer pädagogischen Fachkraft betreut werden. Damit die unterschiedlichen Fähigkeiten unserer Kinder schon früh zum Tragen kommen, stärken wir Kindergärten in sozialen Brennpunkten durch multiprofessionelle Teams mit künstlerischen, handwerklichen, therapeutischen und sprachlichen Qualifikationen. Das schließt die Sprachförderung insbesondere für Kinder ein, bei denen Deutsch nicht die Muttersprache ist. Wir stärken die Fachberatung, durch ein Institut für Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung. Um den Generationenwechsel in den Kindergärten zu bewältigen und den Erzieher*innenberuf attraktiv zu machen, wollen wir vielfältige und kürzere Wege in den Erzieher*innenberuf schaffen. Die praxisintegrierte Ausbildung von Erzieher*innen soll und flächendeckend möglich sein, genauso wie die akademische Ausbildung und die berufsbegleitende Weiterbildung zur Erzieher*in. Die gute Arbeit, die das Personal in den Kitas leistet, soll auch gut bezahlt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Bezahlung unter Beachtung der Tarifautonomie weiter verbessert wird.

Manchmal erfordern der Beruf oder die eigene Lebenssituation zusätzliche Flexibilität bei der Kinderbetreuung. Dann ist die Kindertagespflege durch Tagesmütter und Tagesväter die familiennahe, individuelle Antwort. Wir wollen ihre Rahmenbedingungen und Bezahlung verbessern und Verbünde für bis zu zehn Kinder ermöglichen.

Bildung sollte grundsätzlich beitragsfrei sein. Hier haben wir in Thüringen bereits viel geschafft. Ebenso haben wir die Qualität der frühkindlichen Bildung deutlich verbessert, da dies für uns Vorrang hat. Diesen Weg wollen wir konsequent weitergehen.

Die Elternbeiträge wollen wir als nächsten Schritt zur Beitragsfreiheit und für mehr Bildungsgerechtigkeit in ihrer Höhe begrenzen, damit Familien nicht überbelastet werden. Kinder sind uns schließlich überall im Freistaat gleich viel wert.

Wir werden zudem die Perspektive der Eltern stärken, indem wir die Landeselternvertretung besser ausstatten. Eltern-Kind-Zentren können gerade Kindergärten im ländlichen Raum mit Beratungsangeboten vernetzen. Wir wollen sie

gesetzlich verankern und flächendeckend ausbauen. Die Kindergartenfinanzierung soll insgesamt einfacher und transparenter werden.

Schule

Gute Schule nimmt die individuellen Bedürfnisse der Kinder ernst. Sie ermuntert, spornt an, schafft Möglichkeiten. Gute Schule ist eine Daueraufgabe. Unser Ziel ist es, die Qualität der Bildungsarbeit in leistungsfähigen, demokratischen und chancengerechten Schulen durch Schulentwicklung weiter zu steigern. Diesen Anspruch wollen wir durch einen schulischen Qualitätsrahmen formulieren, der Schulen in ihrer Entwicklung mehr Orientierung gibt und durch sich darauf beziehende externe Evaluierungen und regelmäßige Kompetenzerhebungen stärken.Schulen brauchen eigene Handlungsspielräume auch um für die Weiterentwicklung nötige Maßnahmen abzuleiten und umzusetzen. Um Schulen den notwendigen Gestaltungsspielraum für gelingende Schul- und Unterrichtsentwicklung zu gewähren, wollen wir die Schulaufsicht in ihrer Beratungs- und Koordinationsfunktion stärken. Hierfür bedarf es einer angemessenen Ausstattung mit pädagogischem und schulpsychologischem Personal.

Wir fordern eine Qualitätsoffensive, ein durchgängiges Konzept von Qualitätsentwicklung und -sicherung mit mehr schulischer Selbständigkeit und der Entscheidung vor Ort, eigene unbürokratische Budgets, Entscheidung bei der Personalauswahl und bei der Fortbildung. An jeder Schule muss ein Qualitätsmanagement entstehen, mit Maßnahmen der Qualitätssicherung auf der Basis interner und externer Daten. Die Schule muss Verantwortung für ihre Qualität und die Zukunft ihrer Kinder und Jugendlichen übernehmen.

Im Zuge dessen werden wir Bürokratie abbauen, damit mehr Zeit für individuelle Förderung und erfolgreiches Lernen und Lehren bleibt. Außerdem bedarf es einer Stärkung der kommunalen Schulträger und deren Kompetenzen. Wir wollen, dass die Thüringer Kommunen gemeinsam mit dem Freistaat eine Verantwortungsgemeinschaft bei der Thüringer Bildungspolitik entwickeln und das auch im Schulgesetz verankern. Bereiche dieser gemeinsamen Bildungsverantwortung sind unter anderem die Ganztagsschulentwicklung, berufliche Orientierung, schulische Inklusion, Migration, politische und künstlerische Bildung, die sozialräumliche Einbindung schulischer Bildung zum Beispiel Lernen durch Engagement im eigenen Quartier, Öffnung der Schulhöfe am Nachmittag, an den Wochenenden und Ferien und Schulbau.

Für die Zukunft lernt man am besten in Schulen, die selbst Orte der Zukunft sind, an denen demokratische Mitbestimmung selbstverständlich dazu gehört. Wir werden die Beteiligung der Schüler*innen und die Übernahme von Verantwortung durch den Ausbau von Mitbestimmungs- und Entscheidungsrechten von Schüler*innen an den Schulen weiter stärken. Der Klassenrat soll dabei in den Schulen zur Normalität gehören und eine Weiterentwicklung zu einer gerechten und fürsorglichen Gemeinschaft stärken. Wir unterstützen die Lehrer*innen dabei, Schüler*innen im Geiste des Grundgesetzes zu erziehen. Die Achtung der Menschenwürde, die Verantwortung für das Gemeinwesen, Solidarität, Toleranz und Gleichberechtigung sollen alle Bereiche schulischer Bildung wesentlich prägen. Hass und Gewalt haben an unseren Schulen nichts verloren. Wir werden die bestehenden Programme zu gewaltfreien Konfliktlösungsstrategien und die Schulsozialarbeit ausbauen sowie die Schulpsychologie im Sinne von Schulentwicklungspsychologie stärken.

Eine offene, pluralistische und demokratische Gesellschaft ist eine Errungenschaft, die immer wieder erlernt, erstritten und verteidigt werden muss. Dieser Aufgabe stellen wir uns als BÜNDNISGRÜNE. Angesichts des zunehmenden Rassismus, Rechtspopulismus und antidemokratischer Tendenzen wollen wir die fachübergreifende menschenrechtsorientierte historisch-politische Bildungsarbeit in den Schulen und in den Kollegien stärken. Doch dies reicht nicht aus. Der merklich abnehmende gesellschaftliche Zusammenhalt sowie die Zunahme von Rechtspopulismus und -extremismus erfordern eine weitergehende politische Bildung, insbesondere durch die Vermittlung von gesellschaftspolitischem Grundlagenwissen. Denn nur wenn die gelebte Demokratie in der Schule auf der Basis von soliden Grundkenntnissen erfolgt, ist Demokratiebildung erfolgreich. Aufgrund des aktuell sehr geringen Anteils des Fachs Sozialkunde an der Stundentafel, des späten Einsetzens dieses Fachunterrichts und des sehr häufigen Unterrichtens durch fachfremde Lehrer*innen sollte die politische Bildung an den Thüringer Schulen verbessert werden. Wir setzen uns daher für die nachhaltige Vermittlung von Kenntnissen über die Grundprinzipien einer freiheitlich-demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung durch entsprechend ausgebildete Lehrer*innen ein und wollen den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern einen hohen Stellenwert einräumen.

Zudem setzen wir uns für mehr fächerübergreifenden Unterricht, eine zeitgemäße Stundentafel und eine Überprüfung von Lehr- und Lernmaterialien auf diskriminierende und rassistische Inhalte ein. Um das Diskriminierungsverbot und Gleichstellungsgebot mit Leben zu erfüllen, werden wir uns dafür stark machen, die Unterstützungsstrukturen in der schulischen Antidiskriminierungsarbeit auszubauen. Eine Evaluierung der Stundentafel soll unter der Lupe der Verstärkung auf lebensrelevante Inhalte, Lebensorientierung und Lebenskompetenzen der Schülerinnen und Schüler in Gang gesetzt werden auch um fächerverbindende Ansätze zu stärken.

Demokratie lebt von Beteiligung! Wir BÜNDNISGRÜNE setzen darauf, die Mitwirkungsgremien in den Schulen zu stärken, die Mitbestimmung der Schüler*innen zu erhöhen und demokratisches Handeln zu fördern. Durch Beteiligung, Mitwirkung und Verantwortungsübernahme wollen wir die Lernprozesse der Schüler*innen voranbringen.

Wir BÜNDNISGRÜNE finden, dass grundsätzlich an jeder Thüringer Schule Schulsozialarbeitgewährleistet werden soll. Dies kann nur schrittweise umgesetzt werden. Bis 2026 soll an jeder Schule bedarfsgerecht Schulsozialarbeit nach einem transparenten Sozialindex angeboten werden können. Ebenso wichtig ist uns eine sehr gute Kooperation zwischen Schule und einer gestärkten Schulpsychologie und Schulsozialarbeit. Wir wollen gute fachliche Austauschmöglichkeiten und eine Vernetzung von Schulen mit dem Gemeinwesen.

Wir wollen Schüler*innen schon frühzeitig ermuntern, sich mit den Zukunftsfragen der Menschheit auseinanderzusetzen, und werden Themen wie den Schutz der natürlichen Umwelt und der Biodiversität, die Bewahrung des Klimas, Friedensbildung, sozialen Zusammenhalt und globales Lernen fächerübergreifend in den Lehrplänen verankern. Wir wollen eine verbindliche schulische und außerschulische Landesstrategie „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ (BNE) entwickeln und umsetzen, das Lernen außerhalb des Schulgebäudes sowie das handwerkliche und praxisorientierte Lernen durch zusätzliche Wahlpflichtangebote

weiter ausbauen und ein Förderprogramm für BNE-Kooperationen mit außerschulischen Bildungsorten auflegen.

Unsere Gesellschaft ist in den letzten 30 Jahren religiös-weltanschaulich pluraler geworden. Wir wollen der erkennbaren Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt begegnen. Das in Thüringen bereits praktizierte Modellprojekt des integrativen Religionsunterrichts unterstützen wir daher. Denn Segregation darf nicht durch Konfessionen oder Religionszugehörigkeiten verstärkt werden. Da ein Großteil der Schüler*innen jedoch nicht konfessionell gebunden ist oder einen anderen Glaubenshintergrund hat, wollen wir mehr Raum schaffen, in dem alle Schüler*innen gemeinsam die Welt und die menschliche Existenz ergründen, deuten und verstehen lernen und sich über kulturelle, weltanschauliche und religiöse Gemeinsamkeiten und Unterschiede austauschen können, um einen immer nötiger werdenden Respekt vor Andersgläubigen und Andersdenkenden zu erreichen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass zu diesem Zweck schulartspezifisch verbindlich für die Schüler*innen der Religionsunterrichte und des Ethikunterrichts regelmäßig ein festes gemeinsames Zeitfenster für „Philosophie und Religionen“ eingeführt wird. Dabei soll sich die Anzahl der Schulstunden pro Schuljahr bei Einführung dieses Zeitfensters nicht erhöhen. Über die konkrete Ausgestaltung wollen wir mit Pädagog*innen, Schulträgern, Kirchenvertreter*innen und Erziehungswissenschaftler*innen ins Gespräch kommen. Der in Artikel 7 Abs. 3 Grundgesetz garantierte bekenntnisgebundene Unterricht wird weiter angeboten.

Jede*r elfte Schüler*in verlässt die allgemeinbildende Schule ohne einen Schulabschluss. Damit kann sich niemand zufriedengeben. Jeder junge Mensch hat den für sich bestmöglichen Schulabschluss und eine angenehme und lernfreundliche Schulumgebung verdient. Besonders für Schüler*innen, die der Schule oft unerlaubt fernbleiben, sollen verstärkt Angebote beispielsweise durch Praxisklassen, der Schulsozialarbeit und der Jugendhilfe entwickelt werden. Enge Kooperation muss Normalität werden, die für die nötige Vernetzungsarbeit – auch mit weiteren Professionen – benötige Arbeitszeit muss eingeplant werden.

Alle Schüler*innen mit Sprachförderbedarf sollen schulische Förderung erhalten. Das ist bislang leider nicht so. Daherwerden wir die Kapazitäten für Deutsch als Zweitsprache weiter deutlich ausbauen, aber vor allem verstetigen, um die Sprachförderung zielgerichtet und für die Lehrkräfte motivierend weiterentwickeln zu können. Mitgebrachte Sprachkompetenzen der Schüler*innen mit Migrationshintergrund müssen als zweite Fremdsprache anerkannt und als Qualifizierungsbaustein für universitäre Bildung angerechnet werden können. Die punktuell an den Berufsschulen eingerichteten Vorklassen wollen wir bedarfsorientiert verstetigen, weiter mit personellen Ressourcen untersetzen, auch im sozialpädagogischen Bereich.

Der Zugang zu Bildung soll für alle jungen Menschen ohne besondere Voraussetzungen möglich sein. Wir befürworten die Einführung eines Sozialindexes für alle Bildungseinrichtungen. Insbesondere sollen Schulen mit besonderen Herausforderungen durch eine sozialindexbasierte Ressourcenzuweisung besser unterstützt werden. Das unfreiwillige Wiederholen einer Jahrgangsstufe, besser bekannt als Sitzenbleiben, ist, wie die Schulforschung seit Jahrzehnten zeigt, pädagogisch unwirksam. Es zeigen sich vielmehr ungünstige Wirkungen auf die Lernentwicklung. Wir wollen es daher abschaffen. Sitzenbleiben ist längst nicht mehr zeitgemäß. Es ist eine große emotionale Belastung für die Schülerinnen und Schüler, nützt nichts und verschwendet viel Lebenszeit und Geld. Jedes

zusätzliche Schuljahr kostet 4.500 bis 6.000 Euro. Das Abschaffen des Sitzensbleibens muss daher erklärtes Ziel einer jeden Schule sein. Die Schule trägt die Verantwortung für die Vermeidung des Sitzenbleibens einer jeden Schülerin und eines jeden Schülers. Dafür müssen flankierende pädagogische Maßnahmen etabliert werden. Schülerinnen und Schüler müssen ein Recht auf zusätzliche, verpflichtende, kostenfreie und wöchentliche Lernförderung eingeräumt bekommen, die zwischen den jeweiligen Pädagog*innen, Schülerinnen und Schülern und Erziehungsberechtigten abgestimmt werden sollen. Um Schülerinnen und Schüler ernsthaft mit messbarem Erfolg fördern zu können, sind zusätzliche Ressourcen zu erwägen. Sitzenbleiben kann nur in besonders begründeten Ausnahmefällen stattfinden. Auf Antrag der Erziehungsberechtigten und der Lernentwicklungserwartung kann einer freiwilligen Wiederholung einer Jahrgangsstufe zugestimmt werden.

Für uns gilt: Der gemeinsame Schulbesuch von Kindern mit und ohne Behinderung muss von Anfang an möglich sein. Daher werden wir den Rechtsanspruch auf individuelle Förderung und das Recht auf gemeinsames Lernen weiter umsetzen und die Voraussetzungen für einen inklusiven Unterricht weiter verbessern. Für uns BÜNDNISGRÜNE ist entscheidend, dass das Elternwahlrecht gilt. Eltern können und sollen entscheiden, ob ihr Kind bei festgestelltem Förderbedarf eine wohnortnahe allgemeinbildende Schule oder eine Förderschule besuchen soll. Wir wollen an allen Schulen mehr sonderpädagogische Förderung ermöglichen. Daher sollen die Ausbildung der Lehrer*innen an Inklusion ausgerichtet, gleichberechtigte multiprofessionelle Teams an Schulen eingerichtet und der Entwicklungsplan Inklusion umgesetzt werden. Keinesfalls darf Inklusion an der Kassenlage des Landes und dem damit verbundenen Personalmangel scheitern. Mit aufgeschlossenen Pädagog*innen und der Thematisierung von geschlechtlicher und sexueller Vielfalt können Schulen zu Orten des Empowerments und der Vielfalt werden.

Um unserer vielfältigen Schüler*innenschaft gerecht zu werden, wollen wir die Rolle der „Vertrauenslehrer*innen“ weiterentwickeln – und zwar zu „Schulbeauftragten für Antidiskriminierung, Vielfalt und Empowerment“ (SAVE-Beauftragte). Diese Beauftragten sollen dann bei Diskriminierungserfahrungen unterstützen und ihr Wissen an andere Pädagog*innen in der Schule weitergeben. Damit wird der individuellen Situation in jeder Schule Rechnung getragen und kompetente Beratung für LSBTIQ*-Jugendliche in ganz Thüringen verankert. Denn Schulen dürfen keine Orte der Diskriminierung, der mangelnden Sensibilität für Vielfalt oder der Reproduktion sexistischer Geschlechterbilder sein. Um diesen wichtigen Aufgaben gerecht zu werden, braucht es genügend zeitliche Kapazitäten bei den Pädagog*innen selbst und kompetente Begleitung durch die Thüringer Antidiskriminierungsstelle.

Angesichts des hohen Unterrichtsausfalls machen wir uns dafür stark, dass jedefrei werdende Stelle wieder besetzt wird. Da Krankheitsausfälle, Fortbildungen und Stellenvakanzen nicht ausbleiben, streben wir eine verbindliche 110-prozentige Personalausstattung an. Thüringen muss dazu attraktiv für Lehrer*innen sein. Dazu gehören gute Arbeitsbedingungen in den Schulen und eine attraktive Eingangsbesoldung. Außerdem stellen wir in Thüringen zügig auf die schulstufenbezogene Lehrer*innenbildung um, um zukünftig einen flexibleren Lehrer*inneneinsatz zu erzielen. Auch für alle anderen an Schule Tätigen wollen wir die Arbeitsbedingungen verbessern und werden dafürein Investitionsprogramm auflegen.

Über Stipendien sollen Anreize geschaffen werden, ein Lehramtsstudium in einem Mangelfach aufzunehmen. Referendar*innen wollen wir Vorverträge auch ohne bereits vorliegendes Abschlusszeugnis ermöglichen. Wir wollen angehende Lehrer*innen für den Einsatz in den ländlichen Räumen gewinnen. Einstellungsverfahren werden beschleunigt und vakante Stellen schneller ausgeschrieben. Die berufsbegleitende Aus- und Weiterbildung der Lehrer*innen werden wir kontinuierlich ausbauen und Programme für Seiteneinsteiger*innen in den Lehrberuf weiter professionalisieren.

Sowohl in der Großstadt als auch auf dem Land soll gelten: kurze Wege für kleine Füße. Die wohnortnahe Schule ist für uns selbstverständlich. Allerdings stehen steigende Schülerzahlen in den Städten sinkenden Schülerzahlen in den ländlichen Regionen gegenüber. Wir sind uns sicher: Gemeinsam sind auch kleine Schulen stark! Wir setzen uns für angemessene Vorgaben bei den Schulgrößen ein und wollen die Kooperation von Schulstandorten deutlich stärker fördern.

Ganztagsschulen und Gemeinschaftsschulen entsprechen der urgrünen Forderung „länger gemeinsam lernen“ und bereichern die Thüringer Schullandschaft. Wir wollen beide Angebote ausbauen. In Gemeinschaftsschulen lernen Kinder bis zur achten Klasse gemeinsam. Dieses Angebot soll flächendeckend zur Verfügung stehen. Auch Förderschulen sollen sich zu inklusiven Gemeinschaftsschulen weiterentwickeln können. Mit einem Ganztagsschulprogramm des Landes werden wir bis zum Jahr 2026 gemeinsam mit den Kommunen für die Primar- und Sekundarstufe insgesamt 100 neue teilgebundene und vollgebundene Ganztagsschulen mit modernen Raumkonzepten, vielfältigen Kompetenzen und neuen Arbeitszeitmodellen schaffen. Mit mehr Zeit für die individuelle Förderung, mit ihren pädagogischen Konzepten und den umfangreichen zusätzlichen Angeboten von Vereinen und außerschulischen Partnern helfen sie Kindern, sozialer, selbstbewusster und angeregter zu lernen. Gute Arbeitsbedingungen und die Kostenfreiheit in der Bildung sind uns wichtig, besonders im Ganztag. Erzieher*innen in unseren Schulhorten sollen die Möglichkeit erhalten in Vollzeit berufstätig zu sein.

Schulen in freier Trägerschaft sind aus der Vielfalt des Bildungsangebots nicht wegzudenken. Wir BÜNDNISGRÜNE haben in den letzten Jahren ihre Rahmenbedingungen und ihre Finanzierung deutlich verbessert. Wir werden auch zukünftig dafür streiten, dass alle Schulen egal ob in staatlicher oder freier Trägerschaft gute Entwicklungschancen haben. Staatliche Programme für Schülerstipendien müssen gleichermaßen auch von Freien Schulen genutzt werden können. Die Entwicklung der Finanzhilfen soll weiterhin transparent, verlässlich und auskömmlich ausgestaltet sein. Die Entwicklung der Schülerkosten soll an die Entwicklung im staatlichen Bereich angepasst werden. Fort- und Weiterbildungen des Landes sollen für Lehrer*innen an Freien Schulen gleichberechtigt geöffnet und bezahlt werden.

Wir BÜNDNISGRÜNE wollen schulisches Lernen zeitgemäß und zukunftstauglich gestalten. Uns geht es darum, die Chancen der Digitalisierung im Sinne guter Bildung zu nutzen. Gute Bildung für unsere Kinder und Jugendlichen benötigt dazu digitale Infrastruktur und Lernplattformen, ganz besonders aber eine grundsätzliche Neuorientierung pädagogischer Inhalte und Methoden am Leben und Arbeiten in der digitalen Welt. Überall da, wo es pädagogisch sinnvoll ist, soll der fächerübergreifende Einsatz digitaler Medien und digitaler Werkzeuge unterstützt werden. Die Corona-Pandemie hat uns deutlich vor Augen geführt, dass digitale Medien immer mehr zum selbstverständlichen Werkzeug für alle Lernenden

werden. Digitale Medien unterstützen nicht nur das fachliche Lernen. Sie fördern auch den Erwerb von Medien-, Methoden- und Sozialkompetenzen und informatischer Bildung. Unsere Kinder und Jugendlichen wollen wir in der Schule für ein selbstbestimmtes, kreatives, sicheres und erfolgreiches Leben in der digitalen Welt fit machen und zur kritischen Auseinandersetzung mit den damit verbundenen gesellschaftlichen Veränderungen sensibilisieren. Wir BÜNDNISGRÜNE packen die infrastrukturellen und personellen Rahmenbedingungen für digitale Bildung an. Dazu werden wir gemeinsam mit den Kommunen die Investitionen in die digitale Infrastruktur, in digitale Medien und Werkzeuge konsequent umsetzen. Wir setzen uns für eine Erweiterung des Digitalpaktes auf Bundesebene ein.

Zu einer lernförderlichen Infrastruktur gehört es unabdingbar, dass Kinder auf ein persönliches Gerät zugreifen können. Dies realisieren wir durch den BYOD-Ansatz (Bring Your Own Device), der regelt, dass und wie auch private mobile Endgeräte wie Laptops, Tablets oder Smartphones datenschutzrechtskonform in die Netzwerke von Schulen integriert werden können. Die kommunalen Medienzentren werden wir dabei zu leistungsfähigen IT-Dienstleistern für den Schulbereich umbauen. Alle Schüler*innen über die kein eigenes digitales Endgerät verfügen, sollen die Möglichkeit der Ausleihe über die Schule erhalten. Den Kommunen als Schulträger stellen wir dafür die finanziellen Mittel zur Verfügung. Die Lehrer*innenbildung wird in allen Phasen auf die digitalen Herausforderungen ausgerichtet, dazu gehört vor allem auch die Förderung regionaler und lokaler Vernetzung. Fortbildung wird zunehmend auf peer-Ebene organisiert, das heißt „Beratung von Betroffenen für Betroffene“. Wir führen endlich eine einheitliche Schulverwaltungssoftware ein. Datenschutz ist fur uns grundlegend. Daher werden wir die Aus- und Fortbildung von Lehrer*innen dazu deutlich verstärken. Diese sollte möglichst quelloffen, datenschutzfreundlich und erweiterbar sein, um flexibel auf geänderte Anforderungen reagieren zu können.

Wir wollen, dass sich unsere Schüler*innen gesund ernähren. Dazu gehört eine vielfältige, qualitativ hochwertige und regionale Mittagsversorgung möglichst aus Bio-Lebensmitteln in einer anregenden Umgebung. Um die Essens- und Getränkeversorgung an den Thüringer Schulen zu verbessern, werden wir gemeinsam mit den Schulträgern und Caterern eine umfassende Strategie mit einem dauerhaften Förderprogramm für gute Lebensmittelversorgungsstandards etablieren. Zudem werden wir den Schulgartenunterricht als Teil der Umwelt- und Ernährungsbildung, die auch über Landwirtschaft, Tierhaltung und Tierethikinformiert, gezielt fördern.

Qualitätsoffensive auf allen Ebenen: Mehr Qualität von der Lehrer*innenaus- und -fortbildung über die Schulleiter*innengewinnung bis zur intelligenten Steuerung und Unterstützung

Um die dargelegten anspruchsvollen inhaltlichen Ziele zu erreichen, genügt es nicht, die Selbstverantwortung auf der Ebene der Schulen zu stärken und Qualität einzufordern. Schulen brauchen intelligente Leitplanken und ein Mehr an Personalqualität. Die Lehrer*innenausbildung muzss zum Beispiel die Lehrer*innen in die Lage versetzen, die digitale Herausforderungen und Anforderungen der Inklusion zu entsprechen. Schulleitungen müssen so qualifiziert und ausgewählt sein, dass sie die Schule zukunftsfähig zu einer demokratischen Leistungsschule gestalten können, mit Schüler*innen, Eltern und Kollegium als Partnern. Personalentwicklung, -auswahl und -gewinnung gerade im Führungsbereich ist eine wichtige Steuerungsaufgabe von Schulämtern und Ministerium, die die Schulen zu

ihrer Stärkung brauchen. Genauso ist die punktgenaue Unterstützung durch Beratung, Training und innerschulischer Fortbildung und dazu geeigneter Trainer*innen und Expert*innen erforderlich. Hier ist es wichtig die Verantwortung des Thüringer Instituts für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien konsequent einzufordern und wirksamer werden zu lassen. Ebenso müssen die Schulämter in die Lage versetzt werden, solche Leistungen selbst zu erbringen. Wir fordern daher den Aufbau eines Qualitätsbereichs im Schulamt, der die regionalen Qualitätsansprüche einzulösen vermag, zusätzlich zu landesweiten Vorhaben und Angeboten.

Ausbildung

Ob Hochschulabschluss oder Berufsausbildung, wir wollen, dass beides einen guten Start ins Berufsleben garantiert. Jede*r Jugendliche soll direkt nach der Schule eine anerkannte Berufsausbildung beginnen können. Wir werden im Dialog mit den Handwerkskammern und Berufsschulen einen Thüringenplan entwickeln, der die duale Ausbildung stärkt und die gesellschaftliche Anerkennung von Ausbildungsberufen weiter fördert. Dazu gehört auch, dass Thüringer Auszubildende einen Lohn erhalten, von dem es sich leben lässt. Azubis, aber auch Freiwilligendienstleistende, sollen die gleichen Vergünstigungen wie Studierende erhalten, zum Beispiel ein Azubi-Ticket für höchstens 30€ im Monat. Damit der Übergang von der Schule in die Berufsausbildung und das Studium gut gelingt, werden wir eine frühzeitige, praxisnahe und regional vernetzte Berufsorientierung und Schullaufbahnberatung fördern. Die Ausbildung in kleinen und mittleren Unternehmen werden wir besonders fördern und dabei Branchen mit hoher Personalnachfrage, insbesondere im Sozial- und Gesundheitsbereich, besonders in den Blick nehmen. Forderungen nach Verpflichtungserklärungen und Ablösezahlungen nach Abbruch oder Abschluss einer Ausbildung gegenüber auszubildenden Betrieben zulasten von Auszubildenden oder anderen Betrieben lehnen wir ab. Betriebe müssen ihren Azubis nach der Ausbildung gute Arbeitsbedingungen anbieten, anstatt diese zur Weiterarbeit zu verpflichten.

Auch Berufsschulen sollten möglichst wohnortnah sein. Den Standorten werden wir mit einem attraktiven Schulnetzplan mehr Sicherheit ermöglichen. Die Berufsschulnetzplanung soll auf transparenten und nachvollziehbaren Kriterien beruhen. Insbesondere Berufsschulstandorte im ländlichen Raum wollen wir erhalten. Und weil die Wege manchmal doch weiter sind, wollen wir das Azubi-Ticket attraktiver machen und in ganz Thüringen anbieten.

Zur besseren Vereinbarkeit von beruflicher Ausbildung und anderen Verpflichtungen und Herausforderungen werden wir die Angebote der Teilzeitausbildung ausbauen und ein begleitendes Coaching in der Ausbildung anbieten.

Lebenslanges Lernen, Erwachsenenbildung

Mit Berufsausbildung oder Hochschulabschluss endet das Lernen meist nicht, es begleitet uns durch das ganze Leben – Meisterausbildung, Zusatzqualifikation, eine neue Sprache oder gar noch mal ein Studium nach erfolgreicher beruflicher Karriere. Fort- und Weiterbildung ist die vierte Säule in der Bildung. Mit Bildungsfreistellungsgesetz und besserer finanzieller Ausstattung von Volkshochschulen und freien Trägern der Erwachsenenbildung haben wir in der Regierungsbeteiligung diese Säule gestärkt. Diesen Kurs hin zu einer

vielfältigen, wohnortnahen Bildungslandschaft für Erwachsene mit breiten, kostengünstigen Angeboten werden wir beibehalten.

Den Rechtsanspruch auf Bildungsfreistellung werden wir bekannter machen, den Kreis der Anspruchsberechtigten erweitern und die Anerkennung von Maßnahmen vereinfachen. Für Auszubildende wollen wir den Bildungsanspruch auf fünf Tage erhöhen. Für Menschen mit geringem Einkommen wollen wir einen Härtefallfonds zur finanziellen Unterstützung bei den Kursgebühren einführen. Ein ganz besonderes Anliegen ist uns dabei die Förderung der politischen Erwachsenenbildung. Wir setzen auf vielfältigere Bildungsangebote und Formate in den Bereichen nachhaltige Entwicklung, Umweltbildung und menschenrechtsorientierte, politische und kulturelle Bildung.

Digitalisierung bietet auch in der Erwachsenenbildung große Chancen, konfrontiert die Träger aber auch mit neuen Anforderungen. Wir werden die Entwicklung digitaler Medien begleiten und die Träger bei Infrastruktur und Qualifizierung unterstützen.

In Thüringen leben etwa 200.000 Menschen, die nicht ausreichend lesen und schreiben können. Sie verbergen dies, obwohl sie oftmals berufstätig sind, und bezahlen dafür mit einer hohen persönlichen Belastung. Um ihnen zu helfen, wollen wir die Alphabetisierungsprogramme der Volkshochschulen aufstocken und Betriebe und Unternehmen für deren Unterstützung gewinnen.